

auf die Festigung der Staats- und Arbeitsdisziplin, der Gesetzlichkeit in der Tätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane und auf den Schutz des sozialistischen Eigentums gerichtet. Die Juristen leisten einen aktiven Beitrag zur juristischen Qualifizierung der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, der Gewerkschafts- und Kommunisten, der Mitglieder der Kameradschaftsgerichte, der freiwilligen Volksabteilungen (Drushinen) und anderer gesellschaftlicher Kräfte, die am Schutz der sozialistischen Rechtsordnung mitwirken. Dazu führen sie u. a. spezielle Kurse oder Seminare durch und halten Lektionen an den Volksuniversitäten für Rechtskandidaten. In den Städten und Rayons vereinen sie ihre propagandistischen Anstrengungen im Rahmen der Gesellschaft „Snaniye“. In den Grundorganisationen dieser Gesellschaft, in denen die meisten Juristen der Städte und Rayons organisiert sind, werden die Vorträge geplant, Lektionen ausgearbeitet und beraten sowie methodische Erfahrungen ausgetauscht.^{19/}

Die Rechtspropaganda steht im ständigen Blickfeld der Leitungen der zentralen Justizorgane. So nahm das Kollegium des Ministeriums der Justiz der UdSSR im vergangenen Jahr zur Arbeit des koordinierend-methodischen Rates und zur Rechtserziehung der Jugend Stellung. Das Kollegium des Generalstaatsanwalts der UdSSR erörterte im Juni 1972 einen Bericht des Staatsanwalts des Ostrogosker Rayons (Gebiet Woronesh)

^{19/} Vgl. Rumjanzew, „Unsere Erfahrungen bei der Rechtspropaganda“, Sowjetjustiz 1972, Heft 4, S. 20 (russ.).

über dessen Erfahrungen bei der Rechtspropaganda sowie eine entsprechende Information der Abteilung für Systematisierung und Propaganda der sowjetischen Gesetzgebung beim Generalstaatsanwalt. Das Kollegium würdigte die großen Leistungen der Mitarbeiter des Rayonstaatsanwalts, die zielstrebig und effektiv die Rechtspropaganda organisiert haben. Ihre Arbeit führte zur Festigung der Gesetzlichkeit im Rayon, zur Erhöhung der Autorität der Gesetze und der Rechtsordnung und zur Mobilisierung der Werktätigen im Kampf gegen Rechtsverletzungen. Das Kollegium beschloß, diese positiven Erfahrungen des Kollektivs der Mitarbeiter des Staatsanwalts des Ostrogosker Rayons zu verallgemeinern.^{20/}

Die Leitung des Ministeriums für innere Angelegenheiten der UdSSR organisierte von Juli 1971 bis Dezember 1972 einen Wettbewerb um die beste Rayon-(Stadt-)abteilung für innere Angelegenheiten bei der Durchführung der Rechtspropaganda. Allein 1971 haben die Mitarbeiter der Organe für innere Angelegenheiten mehr als 1,5 Millionen Gespräche und Lektionen in den Kollektiven der Werktätigen durchgeführt und mehr als 142 000 Beiträge in Presse, Rundfunk und Fernsehen veröffentlicht.^{21/}

(wird fortgesetzt)

^{20/} Vgl. „Im Kollegium der Staatsanwaltschaft der UdSSR“, Sozialistische Gesetzlichkeit 1972, Heft 9, S. 86 (russ.).

^{21/} Nähere Einzelheiten bei Reuter, „Sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtspropaganda in der UdSSR“, Forum der Kriminalistik 1972, Heft 7, S. 295 ff. (297).

Informationen

Die **Zentrale Revisionskommission der Kollegien der Rechtsanwälte** beginnt am 17. Mai 1973 mit einer Festveranstaltung das 20jährige Bestehen der Anwaltskollegien. In Anwesenheit des Generalstaatsanwalts der DDR, Dr. Streit, und des Präsidenten des Obersten Gerichts, Dr. Toeplitz, würdigte der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister der Justiz, Heusinger, in einer Ansprache die erfolgreiche Entwicklung der Anwaltskollegien, die im Rahmen der ihnen übertragenen Verantwortung einen wertvollen Beitrag zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und zur Förderung des Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger leisten.

Der Vorsitzende der Zentralen Revisionskommission, Rechtsanwalt Häusler (Berlin), rief in seiner Festansprache die Bedeutung und den Prozeß der Bildung der Kollegien in Erinnerung und befaßte sich dann mit der Funktion des Rechtsanwalts in der sozialistischen Gesellschaft. Seine weiteren Darlegungen galten der Entwicklung der Leitungstätigkeit und einigen künftigen Aufgaben der Rechtsanwaltskollegien zur Erfüllung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe.

Am Schluß der Veranstaltung verlieh Minister Heusinger 12 bewährten Mitgliedern der Anwaltskollegien die Medaille für Verdienste in der Rechtspflege.

Vom 15. bis 18. Mai 1973 fand an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR die 2. Internationale Beratung der Vertreter der Informationseinrichtungen der **Institute für Staat und Recht der europäischen sozialistischen Länder** statt. Es nahmen leitende Mitarbeiter auf dem Gebiet der staats- und rechtswissenschaftlichen Information aus der VR Bulgarien, der Ungarischen VR, der DDR, der VR Polen, der SR Rumänien, der UdSSR, der CSSR und der SFR Jugoslawien teil.

Die Teilnehmer tauschten ihre Meinungen über die bis-

herigen Ergebnisse der Zusammenarbeit aus, analysierten die Fortschritte seit der 1. Internationalen Beratung, die im Dezember 1970 in Warschau stattgefunden hatte, und legten die nächsten Aufgaben fest. Es wurde u. a. beschlossen, gemeinsam eine Spezialbibliographie über die Entwicklung der demokratischen Grundlagen des sozialistischen Staates zusammenzustellen, um damit die koordinierte Forschungsarbeit der Partnerinstitute auf diesem Gebiet zu unterstützen. Außerdem soll eine Studie zur Vorbereitung einer einheitlichen staats- und rechtswissenschaftlichen Klassifikation der sozialistischen Länder ausgearbeitet und der Informations- und Literaturaustausch zwischen den beteiligten Informationseinrichtungen erweitert und beschleunigt werden.

Auf Einladung des Schwedischen Juristenbundes weilte vom 7. bis 14. Mai 1973 eine Delegation der **Vereinigung der Juristen der DDR** in Schweden. Die Delegation, die vom Präsidenten der Juristenvereinigung, Dr. Toeplitz, geleitet wurde, hatte Gelegenheit, in Vorträgen und Arbeitsgesprächen über die sozialistische Staats- und Rechtsentwicklung in der DDR zu informieren und Gedanken über die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen unter den Aspekten der Sicherheit und friedlichen Zusammenarbeit in Europa zu erörtern.

In diesem Zusammenhang fanden zahlreiche Begegnungen mit Persönlichkeiten der schwedischen Justiz statt, so mit dem Minister der Justiz, dem Präsidenten des Obersten Gerichts und des Obersten Verwaltungsgerichts, dem Generalstaatsanwalt, der Vorsitzenden des Justizausschusses des Reichstages sowie mit dem Präsidenten und dem Generalsekretär des Schwedischen Juristenbundes, in dem der größte Teil der schwedischen Juristen organisiert ist.

Der **Zentralvorstand der Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft** befaßte